

## Geschäftsstelle

Hessischer Flüchtlingsrat

Leipziger Str. 17  
60487 Frankfurt a.M.

Tel: 069 | 976 987 10  
Fax: 069 | 976 987 11

[hfr@fr-hessen.de](mailto:hfr@fr-hessen.de)

[www.fluechtlingsrat-hessen.de](http://www.fluechtlingsrat-hessen.de)

Frankfurt, 22.02.2017

### **Pressemitteilung: Hessischer Flüchtlingsrat kritisiert die für heute Abend geplante Sammelabschiebung nach Afghanistan und fordert die hessische Landesregierung auf, einen sofortigen Abschiebestopp zu beschließen.**

Am heutigen Mittwoch, 22.02.2017 findet vom Münchener Flughafen eine bundesweite Sammelabschiebung Schutzbedürftiger aus und nach Afghanistan statt. Nach zwei dieser Abschiebungen vom Flughafen Frankfurt am Main, ist dies nun die dritte innerhalb weniger Monate in das von Krieg und bewaffneten Konflikten durchzogene Land. Neben der Forderung, bundesweit keine Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen, fordert der Hessische Flüchtlingsrat von der Schwarz-Grünen Landesregierung in Hessen einen sofortigen Abschiebestopp. „Andere Bundesländer, wie zum Beispiel Schleswig-Holstein, sind Hessen hier bereits einen Schritt voraus“, so Fritz Rickert vom Hessischen Flüchtlingsrat. Ein entsprechender offener Brief wurde den Grünen in Hessen bereits übergeben.

"Die Beweise zur Sicherheits- und Gefährdungslage in Afghanistan sind erdrückend. Es gibt keine ‚Sicheren Zonen‘ in Afghanistan. Abschiebungen nach Afghanistan bedeuten eine akute Gefährdung der von den Abschiebungen betroffenen Menschen und dürfen nicht stattfinden“, so Fritz Rickert weiter.

Bisher hat sich die hessische Landesregierung nicht gegen die unverantwortlichen Abschiebungen nach Afghanistan ausgesprochen. Im Gegenteil: Unter den betroffenen Menschen, die im Dezember über den Frankfurter Flughafen abgeschoben wurden, befanden sich auch Personen aus Hessen.

Zwar hat die hessische Landesregierung nun Anfang des Monats zugesagt von nun an „vorrangig Straftäter“ nach Afghanistan abzuschicken, was dies jedoch konkret in der Praxis bedeutet, ließ sie offen. „Hier braucht es von der Landesregierung eine Klarstellung. Viele in Hessen lebenden Menschen aus Afghanistan sind weiterhin sehr stark verunsichert“, so Fritz Rickert.

Den offenen Brief des Hessischen Flüchtlingsrates an Bündnis 90/Die Grünen in Hessen finden Sie hier:

[http://fluechtlingsrat-hessen.de/files/Dokumente%20hfr/Presse/Pressemitteilungen/2017\\_02\\_11%20Offener%20Brief%20Afghanistan\\_Gr%C3%BCne-1.pdf](http://fluechtlingsrat-hessen.de/files/Dokumente%20hfr/Presse/Pressemitteilungen/2017_02_11%20Offener%20Brief%20Afghanistan_Gr%C3%BCne-1.pdf)